

SPD demokratischer pressediens

P/XXVII/239

13. Dezember 1972

Die Frau an der Spitze des Bundestages

Zur Wahl Annemarie Rengers zur Parlaments-
präsidentin

Seite 1 und 2 / 52 Zeilen

Die NATO im Zeichen der Deutschlandfrage

Konsequenzen aus der Entspannung des West-
Ost-Problems

Seite 3 und 4 / 65 Zeilen

Antrieb für die Bildungsreform der Bundeswehr

Notwendige Anmerkungen zum aktuellen Thema
Bundeswehr-Hochschulen

Von Prof. Dr. Thomas Ellwein
Direktor des Wissenschaftlichen Instituts
für Erziehung und Bildung in den Streit-
kräften

Seite 5 und 6 / 74 Zeilen

Sonderbeilage: "Selbstbestimmung und
Eingliederung"

Chefredakteur: Dr. E. Eckert
Verantwortlich für den Inhalt: A. Eder
5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 408
Pressehaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 22 80 37 - 38
Telex: 886 848 / 886 847/
886 848 PFP D

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 7 86 11

Die Frau an der Spitze des Bundestages

Zur Wahl Annemarie Rengers zur Parlamentspräsidentin

Es ist eine alte Tradition, daß die stärkste Fraktion des Bundestages aus ihren Reihen den Bundestagspräsidenten stellt. Zur Tradition gehörte es bisher auch, daß Männer dieses zweithöchste Amt der Bundesrepublik Deutschland innehatten. Das gilt nicht mehr für den VII. Deutschen Bundestag. Ihm wird eine Frau vorsitzen, und diese Frau ist eine Sozialdemokratin von Geburt.

Mit der Wahl Annemarie Rengers zum ersten weiblichen Präsidenten des Bundestages und der ganzen deutschen Parlamentsgeschichte wird der große Wandel sichtbar, der sich vor aller Augen in der modernen Gesellschaft vollzieht und der sich mit dem Hinweis auf die rasch fortschreitende Emanzipation der Frau umschreiben läßt. In seinem berühmten Buch "Die Frau und der Sozialismus" hat um die Jahrhundertwende August Bebel, der Gründer der deutschen Sozialdemokratie, postuliert, daß eine Gesellschaft sich erst dann frei und menschenwürdig nennen darf, wenn die Frauen den Männern ebenbürtig und gleichberechtigt in Verantwortung und Pflichten sind.

Wir sind auf dem Wege dorthin. So war es nun folgerichtig, daß die deutschen Sozialdemokraten unter dem ersten Reichspräsidenten der Weimarer Republik, Friedrich Ebert, das Frauenwahlrecht einführten und damit einem Gebot der Demokratie und der Humanität entsprachen. Für die deutsche Sozialdemokratie brachte es damals keinen unmittelbaren Gewinn. Die Frauen entschieden sich in ihrer Mehrheit noch lange auch in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg gegen die

Partei, die ihnen das Wahlrecht erkämpft hatte und im Sinne des großen Bebel die Emanzipation auf ihrem Fanier trug.

Die Zeiten, in denen Frauen als passive Zuschauer das politische Geschehen verfolgten, sind nun endgültig vorüber. Die Frauen sind auch politisch mündig geworden. In den Sozialdemokratischen Wählerinitiativen im Wahlkampf zum VII. Deutschen Bundestag stellten sie die Mehrheit der Teilnehmer. Ihr politisches Engagement und ihre Aktivität ermöglichten zu einem gewichtigen Teil den großen Erfolg des 19. November. Wohl zum ersten Mal ergab sich eine Gleichgewichtigkeit von Männer- und Frauenstimmen für die deutsche Sozialdemokratie. Diesem Vorgang von geschichtlicher und weit in die Zukunft hineinreichender Bedeutung wurde mit der Wahl einer Frau zum Präsidenten des Deutschen Bundestages Rechnung getragen. Er markiert ein neues Kapitel in unserer Geschichte.

Auf Annemarie Renger lastet nun eine schwere Verantwortung. Millionen Bürger werden ihr Tun und Lassen mit Aufmerksamkeit verfolgen, zuweilen auch kritisch. Ihr bisheriger Lebensweg trägt alle Merkmale von Konsequenz und von Loyalität zu einer Partei, die sie geformt hat und in der sie aufgewachsen ist. Hart wurde sie vom Schicksal geprüft. Nach Kriegsende fand sie den Weg zum unvergesslichen Kurt Schumacher, dem Neubegründer der deutschen Sozialdemokratie. Diese sieben Jahre als Sekretärin von Schumacher blieben nicht ohne prägende Kraft: Sie gaben ihrem Leben Inhalt, Ziel und Richtung.

So ist Annemarie Renger in ihrer neuen Position stellvertretend zum Symbol von vielen Millionen politisch mündiger Frauen geworden, die ihre Aufgabe darin sehen, nicht abseits zu stehen, sondern Staat und Gesellschaft humaner und sozialer zu gestalten. Dieser Aufgabe wird sie sich als Präsidentin des Deutschen Bundestages gewiß vordringlich verpflichtet fühlen. (ae/13.12.1972/bgy/ec)

+ + -

Die NATO im Zeichen der Deutschlandfrage

Konsequenzen aus der Entspannung der West-Ost-Frage

Seit 14 Jahren befaßt sich die NATO als Bündnis auch mit der Deutschland- und Berlin-Frage; seit Chruschtschows Berlin-Ultimatum im Herbst 1958. Seitdem findet sich im Schlußkommuniqué der Ratssitzungen ein Passus über die Stellungnahme der Allianz zur Lage in Deutschland.

Schon vor der diesjährigen Konferenz hat es eingehende Kontakte zwischen den drei Westmächten und der Bundesregierung in der Vierer-Gruppe gegeben, um das Kommuniqué für 1972 abzustimmen. Dabei traten Schwierigkeiten auf; einmal in der Frage, ob man die DDR - zum ersten Mal - in einem NATO-Kommuniqué erwähnen sollte, und zweitens, ob und in welcher Form man die mögliche Aufnahme von Beziehungen von NATO-Ländern zur DDR zu behandeln hätte. Innerhalb der Vier Mächte war außerdem die Haltung der französischen Regierung ungeklärt: Es gab Anzeichen dafür, daß Paris noch vor den Wahlen im Frühjahr Beziehungen mit der DDR aufnehmen wollte.

Während des traditionellen Deutschland-Treffens der Vier Mächte am Vorabend der Ratssitzung hat der amerikanische Außenminister Rogers seinen französischen Kollegen Schumann mehrfach sehr eingehend über die französische Haltung befragt. Der französische Außenminister führte dabei an, daß man die Beziehungen zur DDR nicht zu einem Wahlkampfthema der Volksfront machen und daher schon vorher die notwendigen Entscheidungen treffen wolle.

Der Kompromiß, der mit deutscher Zustimmung getroffen wurde, sieht vor, daß die einzelnen Bündnispartner in Vorgesprächen über die Aufnahme von Beziehungen eintreten - nach der Unterzeichnung des Grundvertrages -, Vertretungen in Ostberlin aber erst eröffnen werden, nachdem der Beauftragte der Bundesregierung im späten Frühjahr sein Amt angetreten haben wird. Es ergaben sich gewisse Meinungsverschiedenheiten unter den Vier Mächten auch aufgrund ihrer Rechtsauffassung. Die beiden Angelsachsen kennen

keine Anerkennung; die Bundesregierung betont, daß es rechtlich keine de facto- oder de jure-Anerkennung gibt, es sei denn, sie werde ausdrücklich ausgesprochen oder durch die Aufnahme diplomatischer Beziehungen impliziert; in Frankreich spricht man von der Möglichkeit einer staatlichen Anerkennung. Auf Wunsch der Bundesregierung wollen jedenfalls die drei Mächte, und vermutlich auch die Mehrzahl der Mitglieder des Bündnisses, darauf verzichten, eine Anerkennung ausdrücklich auszusprechen. Weiter hat man sich darauf geeinigt, daß die Bündnispartner keine Initiative zur Aufnahme von Gesprächen mit der DDR ergreifen, sondern den Anstoß von Ost-Berlin kommen lassen. Daß dies bald geschehen wird, wurde von allen Seiten erwartet; die bestehenden Handelsmissionen oder Vertretungen der DDR in Paris, London und Brüssel z.B. sind schon seit Ende November durch Vertreter des DDR-Außenministeriums verstärkt worden.

Obgleich das NATO-Kommuniqué in ungewöhnlicher Ausführlichkeit die deutsche Frage behandelt und die besonderen Rechte der drei Mächte und ihre Beziehungen zur Bundesrepublik nachdrücklich unterstreicht, hat man in Brüssel den Plan zurückgestellt, schon bei dieser Sitzung eine Korrektur früherer Verlautbarungen und Vereinbarungen vorzunehmen, in denen das Alleinvertragsrecht der Bundesrepublik Deutschland herausgestellt worden war. Diese Angleichung an die neu entstandene Lage wird erst auf einer der nächsten Sitzungen erfolgen, nachdem der Grundvertrag BRD-DDR ratifiziert ist. Für diejenigen Bündnispartner, die wie die skandinavischen Länder die Absicht haben, schon sehr bald Beziehungen zur DDR aufzunehmen, soll damit der Faktor der Zeitweiligkeit auch der Beziehungen der beiden deutschen Staaten zueinander verdeutlicht werden.

Im übrigen wird es sich schon bei den Vorgesprächen zeigen, daß die einzelnen Staaten zum Teil nicht unerhebliche Forderungen an die DDR haben - teils handelt es sich um Liegenschaften, teils auch um unerledigte Forderungen, die seit dem Krieg ruhen mußten, weil keine Beziehungen bestanden haben. (hh/13.12.1972/pgy/ex)

Antrieb für die Bildungsreform der Bundeswehr

Notwendige Anmerkungen zum aktuellen Thema Bundeswehr-Hochschulen

Von Prof. Dr. Thomas Ellwein

Direktor des Wissenschaftlichen

Instituts für Erziehung und Bildung in den Streitkräften

Die Bildungskommission des Bundesministers der Verteidigung hatte 1971 vorgeschlagen, für die Ausbildung der Offiziere ab Kompaniechef ein Studium an einer Hochschule der Bundeswehr einzuführen, und der Minister hatte sich diesem Vorschlag angeschlossen. Nach Auffassung der Kommissionsmitglieder machen die Probleme, die der Offizier in einer hochtechnisierten und mit dem gesellschaftlichen Wandel stets unmittelbar konfrontierten Armee wie der Bundeswehr zu bewältigen hat, diese Anhebung des Ausbildungsniveaus erforderlich. Darüber hinaus verlangt der erstrebte höhere Anteil an längerdienenden Zeitoffizieren eine Ausbildung, die im Anschluß an die Dienstzeit in der Bundeswehr ein angemessenes Fortkommen in der Wirtschaft oder im Öffentlichen Dienst ermöglicht. So werden mit Pädagogik, Betriebs- und Organisationswissenschaft, Informatik, Maschinenbau, Elektrotechnik, Luft- und Raumfahrttechnik, Bauingenieurwesen und Vermessungswesen Fachrichtungen angeboten, die den Bedarf der Bundeswehr decken und gleichzeitig auch auf dem zivilen Arbeitsmarkt gute Chancen haben.

Das Studium an Hochschulen der Bundeswehr soll drei Jahre dauern und mit einem Diplom abschließen. Zur Verkürzung der Studienzeit wird nach unseren Vorstellungen die Einteilung in Studienjahre, die ständige Orientierung des Studenten über sein Studium und das Curriculum als Grundlage des Lehrens und Lernens beitragen. Die von uns entwickelten Rahmencurricula enthalten eine Struktur von berufsfeldbezogenen Lernzielen, die eine begründete Stoffauswahl ermöglichen. Schon vor Beginn des Studiums wird der Student sein Curriculum zur Information und zur Überprüfung der Studienfachwahl in Verbindung mit einer Beratung erhalten. Das Studium selbst beginnt mit einer sechswöchigen Orientierungsphase. Das gesamte Studium wird dann von einer "gesellschafts- und erziehungswissenschaftlichen Anleitung" begleitet sein. In deren pädagogischem Teil wird der Student in seinem eigenen Lernen so gefördert, daß er gleichzeitig für seine spätere pädagogische Tätigkeit in der Truppe verallgemeinerungs-

fähige Erfahrungen sammeln kann. Im gesellschaftswissenschaftlichen Teil geht es um die Reflexion der beruflichen und militärischen Praxis sowie der Fragestellungen aus dem jeweiligen Fachstudiengängen unter gesellschaftswissenschaftlichen Kategorien und in interdisziplinärer Form.

Hochschulverfassung und Personalstruktur werden sich an den Entwurf des Hochschulrahmengesetzes des Bundes anlehnen, wobei die Ländergesetze zu berücksichtigen sind, aber beide Hochschulen eine einheitliche Struktur entwickeln sollten. Im Fachbereich sehen wir die Grundeinheit für Lehre und Forschung; ihm sind die jeweiligen Hochschullehrer zugeordnet. An der Spitze der Hochschule wird ein Präsident stehen, der vom Senat gewählt und vom Bundesminister der Verteidigung ernannt wird.

Warum wird dies nicht alles im Rahmen der allgemeinen Hochschulen begonnen? Wir haben uns mit dieser Frage lange auseinandergesetzt und sind immer wieder an die Grenze der Praktikabilität gestoßen, zumal wir im Herbst 1973 mit dem Studienbetrieb beginnen müssen. Eine Separation aus dem Hochschulsystem ist aber keineswegs geplant, denn wir wollen und müssen an der allgemeinen Entwicklung und an den Reformen des Hochschulwesens teilnehmen. Unser Studienkonzept beinhaltet ja auch ein Stück Studienreform. Wir vertreten die Kompromißlösung, daß die Bundeswehr zwar aus Gründen der Praktikabilität zwei eigene Hochschulen gründet, diese aber von vornherein so gestaltet, daß sie in den Gesamthochschulbereich integriert werden können. Die Integrationsfähigkeit der Hochschulen der Bundeswehr wird sich in der Rechtskonstruktion und in der engen Zusammenarbeit mit Kultusministerium, örtlicher Universität, den Gremien zur Gründung einer Gesamthochschule und überregionalen Wissenschaftsgremien äußern. Ohne die Kooperation mit benachbarten Hochschulen in Lehre und Forschung könnte eine Hochschule der Bundeswehr nicht existieren; jede Tendenz zur Verselbständigung würde ihr wissenschaftlich schaden.

Man sollte aber bei aller Diskussion um die hochschulpolitischen Aspekte nicht vergessen, daß die Hochschulgründungen nur Teil einer umfassenden Bildungsreform der Bundeswehr sind, die in anderen Bereichen mit viel größeren Problemen verbunden sind. Die gesamte Reform soll nicht nur zur Bewältigung von Schwierigkeiten beitragen, mit denen sich die Streitkräfte auseinandersetzen müssen, sie bedeutet für die Bundeswehr auch einen Schritt der Öffnung zur Gesellschaft hin. (-/13.12.1972/ks/ec)